

Juli 2020



**SCHWERPUNKT: YANOMANI UND
YE'KUANA IM KAMPF GEGEN
BERGBAU UND CORONA:
#FORAGARIMPOFORACOID**

Dossier Indigene und Landrechte | von Uta Grunert



Dossier Indigene und Landrechte

Von Uta Grunert

Juli 2020

INHALT

Aktuelle Entwicklungen

Corona bei Indigenen und traditionellen Völkern – Fallzahlen und der Verlust von altem Wissen	Seite 2
Anklagen gegen Bolsonaro wegen Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit	Seite 3
Umweltminister Salles versus Vizepräsident Murão: Machtkämpfe um neue Narrative für Amazonien	Seite 5
Illegaler Ressourcenabbau im Amazonasraum: Systemrelevanz statt Homeoffice?	Seite 8
Bolsonaro reagiert mit Veto gegen Gesetz zum Schutz von Indigenen und traditionellen Gemeinschaften vor Corona	Seite 8
Schwerpunkt: Yanomani und Ye'kuana im Kampf gegen Bergbau und Corona: #ForaGarimpoForaCovid	Seite 9
Aktivitäten in Deutschland und Europa	Seite 11

Titelbild: Acampamento Terra Livre 2019, Foto: Marquinho Mota

Das Dossier entsteht in einer Reihe von Projektberichten, die KoBra für Brot für die Welt schreibt.

Aktuelle Entwicklungen

Corona bei Indigenen und traditionellen Völkern – Fallzahlen und der Verlust von altem Wissen

Indigene Völker, Quilombolas und andere traditionelle Gemeinschaften gehören neben Favela-Bewohner*innen zu den vulnerabelsten Gruppen, die unter der Coronapandemie in Brasilien zu leiden haben. Mitte Juli verzeichnete die staatliche Behörde für indigene Gesundheit Sesai über 10.500 bestätigte Infektionen. Die veröffentlichten Zahlen der Behörde sind jedoch umstritten. So korrigiert die Vertretung der indigenen Völker die angegebene Zahl der Todesopfer von 216 (Sesai) auf 517 (APIB) nach oben. Kritisiert wird das Vorgehen der Behörde auch vom indigenen Missionsrat CIMI¹ der katholischen Kirche. Die offizielle Statistik lasse die indigene Todesfälle im urbanen Kontext unberücksichtigt. Die Behörde Sesai sieht an dieser Stelle die Zuständigkeit beim staatlichen Gesundheitswesen SUS, das eigene Statistiken über die Entwicklung von Coronazahlen führe. Außer der indigenen Vertretung APIB erfassen weitere indigene Organisationen die Fälle in ihrem Umfeld: REMDIPE² (Rede de Organizações de direitos indígenas em Pernambuco) und die Kommission der Guarani Yvyrupad³.

Auch die Vertretung der Quilombolas⁴ (Nachfahren ehemaliger geflohener Sklaven) Conaq hat begonnen, die Opferzahlen gesondert zu erfassen. Am 23. Juli sind auf der Seite 3.467 bestätigte Coronainfektionen unter den Quilombolas und 136 Tote festgehalten. In geographischer Sicht kommen die meisten Opfer (30) aus dem Bundesstaat Rio de Janeiro, gefolgt von Macapá (16). Die Initiative kämpft für mehr Unterstützung und besseren Zugang zum allgemeinen Gesundheitssystem für die Gemeinschaft der Quilombolas und gegen die Tendenz, Opfer in der großen Masse der Betroffenen unsichtbar zu machen. Erste Rückmeldungen berichten von Softwareproblemen, die die Inanspruchnahme der staatlichen Soforthilfe für 2 Monate erschwerten. Außerdem sei der Zugang zum öffentlichen Gesundheitswesen unzureichend, für eine gute Versorgung müssten aus peripheren Wohnlagen weite Wege in Kauf genommen werden.

Das *Projeto Nova Cartografia Social* an der UEA dokumentiert auf seiner Webseite⁵ Gesichter und Lebensgeschichten von COVID-19-Opfern unter traditionellen Völkern und Gemeinschaften. Das Institut für Sozialkartografie in Manaus kämpft damit für eine Erinnerungskultur, da mit vielen Alten das alte Wissen der traditionellen Gruppen verloren zu gehen droht. Mit jedem Indigenen geht eine Bibliothek voller Wissen um die Zusammenhänge in Wald und Natur verloren. Vielen Familienangehörigen von COVID-19-Opfern indigener und traditioneller Gemeinschaften ist wegen Corona das Abschiednehmen und Erinnern über sonst übliche Rituale verweigert. Manaus ging bereits im Mai mit Bildern von Massengräbern durch die Presse⁶. Die Hoheit über den eigenen Körper und über die eigene Interpretation der Opferzahlen erkämpft zu haben, bestätigt die aktuelle

¹ <https://cimi.org.br/2020/04/casos-covid-19-nao-registrados-sesai/>

² <https://www.indigenascontracovidpe.com/>

³ <http://www.yvyrupa.org.br/>

<https://elpais.com/internacional/america/2020-06-07/bolsonaro-oculta-parte-de-los-datos-oficiales-sobre-la-pandemia-y-levanta-una-ola-de-criticas.html>

⁴ <https://quilombosemcovid19.org/>

⁵ <http://novacartografiasocial.com.br/memorias-saberes-e-projetos-que-a-covid-19-nao-consegue-levar-lideranca-e-ensinamentos-de-tia-ua-no-quilombo-da-rasa-rj/>

⁶ <https://www.kooperation-brasilien.org/de/publikationen/dossiers/urbane-entwicklungen-1/urbane-entwicklungen-mai-2020>

Stärke indigener Vertretungen in der politischen Landschaft. Dies ist auch der internationalen Unterstützung zu verdanken. Dennoch bilden Statistiken nur ein unpersönliches Zahlenwerk ab, ohne den dahinterliegenden Leben gerecht zu werden. Da viele der Opfer jedoch ein Leben lang für ihre Anerkennung und die Verankerung von Rechten gekämpft haben, erscheint es wichtig, ihre Geschichten und ihren Widerstand nicht zu vergessen. Dafür wurden Interviews mit den Hinterbliebenen geführt. Viele indigene Opfer waren als medizinische Fachkräfte in der Begleitung ihrer Gemeinschaften tätig. Viele Quilombolas sind zuhause an COVID-19 gestorben, eine mögliche Infektion mit dem tödlichen Virus wurde in vielen Fällen tabuisiert. Für Indigene, die nicht im anerkannten Territorium leben konnten, bedeutete der Todesfall, dass ihnen noch im Tod die Anerkennung als Indigener aberkannt wurde. Nach einem lebenslangen Kampf, um das Recht auf ethnische Anerkennung und territoriale Sicherheit bedeutete dieser Umgang mit den Toten emotional für viele Familien, dass ihre Familienangehörigen ein zweites Mal starben.

Die brasilianische Regierung hingegen verfolgt das Interesse, die Coronapandemie in Brasilien kleiner erscheinen zu lassen als sie ist. Das zeigen nicht nur Bolsonaros Sprüche von der „kleinen Grippe“, sondern auch sein Versuch, die Veröffentlichung der täglichen Fallzahlen auf einen Zeitpunkt zu verlegen, wo der am meisten wahrgenommene TV Sender Globo bereits Redaktionsschluss hat. Anfang Juni verschwand vorübergehend die Dokumentation aller Coronatoten und -infizierten bis dato von der Seite des Gesundheitsministeriums. Stattdessen wurde nur noch die Entwicklung der zurückliegenden 24 Stunden abgebildet. Gegen das Vorgehen wurden wegen Verschleierung und Manipulation von Tatsachen u.a. Widerstände aus den Bundesländern laut. Der Vorwurf der Regierung an die Bundesstaaten hatte gelautet, die Zahlen über laufende Coronaentwicklungen seien aufgebläht. Am Ende griff der Oberste Gerichtshof STF ein und ordnete an, die Zahlen seien auf den gleichen Stand zu bringen wie vor der Änderung.

An diesem Beispiel zeigt sich erneut, dass Bolsonaro innerhalb der parlamentarischen Strukturen und der Institutionen einen schweren Stand hat. Seine Vorstöße und Gesetzesvorhaben scheitern bislang sowohl an den Juristen des Obersten Gerichtshofs oder am Kongress. Diese beiden Widersacher für die Agenda Bolsonaro stehen darum in der Rhetorik seiner undemokratischen Gefolgschaft auf der Abschussliste. Immer wieder tauchen Forderungen auf, den Obersten Gerichtshof abzuschaffen oder über einen Staatsstreich das Parlament außer Kraft zu setzen. Noch scheinen solche Forderungen obskur und finden in der Regierung rund um Bolsonaro nur ein geringes Echo. Allerdings gibt es bereits Analytinnen wie Annette von Schönfeld von der Heinrich-Böll-Stiftung, die Bolsonaros Strategie als ein Überwintern für eine zweite Amtszeit ab 2022 deuten. In dieser wäre er dann in der Lage, zwei Bundesrichter des Obersten Gerichtshofs zu seinen Gunsten auszutauschen und damit die Kräfteverhältnisse deutlich zu verschieben. Bislang hat er wegen mangelnder Parlamentsmehrheit nur die Möglichkeit per Dekret zu agieren. Hier greift der Oberste Gerichtshof häufig regulierend ein. Noch sind die demokratischen Strukturen in der Lage, die politischen Absichten eines Präsidenten Bolsonaros weitestgehend zu neutralisieren.

Anklagen gegen Bolsonaro wegen Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Die Juristin Deisy Ventura lehrt an der Universität von São Paulo und ist spezialisiert auf den Zusammenhang zwischen globalen Gesundheitsfragen und internationalem Recht. Sie greift den Genozidvorwurf gegenüber Bolsonaro auf, den Gilmar Mendes, Oberster Bundesrichter des STF als

erster in die Diskussion gebracht hatte und bekräftigt ihn⁷. Bolsonaro verletze Menschenrechte und gefährde Minderheiten wie indigene Völker und Quilombolas. Mendes Vorwurf richtete sich in erster Linie an die brasilianischen Streitkräfte, die sich an besagtem Genozid mitschuldig machen. Zur Erinnerung: Nach zwei Entlassungen wird das Gesundheitsministerium derzeit von einem Militär ohne Fachexpertise geleitet. Es liegt immer noch kein staatlicher Notfallplan zur Bekämpfung der Pandemie vor, stattdessen regiert der Präsident und Corona-Leugner Bolsonaro per Dekret und mit Militärmacht. Das Coronakrisenmanagement übernehmen die einzelnen Bundesstaaten nach eigener Einschätzung. Dafür wurden sie von ihrer Bundesregierung kritisiert oder sogar bedroht. Ventura belegt, warum man Bolsonaro sowohl vor brasilianischen Gerichten als auch vor einem internationalen Menschenrechtsgerichtshof wegen Genozids verklagen könne. Man könne der Regierung gezielte Benachteiligung vulnerabler Bevölkerungsgruppe vorwerfen. Die Regierung hat gezielt Falschinformationen über den Erreger COVID-19 verbreitet, sie ist sogar gegen die Aktivitäten der Bundesstaaten vorgegangen, die gemäß den Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation gehandelt haben. Finanztransfers an die Bundesstaaten wurden verschleppt. Wiederholt reagierte Bolsonaro mit seinem Vetorecht (z.B. Maskentragen in Geschäften oder im Gefängnis) Gesetze des Gesundheitsschutzes ausgehebelt. Das Malaria-Mittel Cloroquin wurde auch in indigenen Gemeinschaften vom staatlichen Gesundheitspersonal als vermeintliches Medikament eingesetzt und von Bolsonaro als Heilmittel kommuniziert. Damit wurde suggeriert, das Mittel biete einen ausreichenden Schutz gegen Corona, was wissenschaftlich nicht haltbar ist. Zuletzt ist Bolsonaro gegen Gesetzesvorhaben vorgegangen, die eine Notfallversorgung der indigenen Völker und traditionellen Gemeinschaften gewährleisten sollte, er verweigerte auf diesem Weg die Trinkwasserversorgung für indigene Völker. Er hält also gezielt einen Teil der brasilianischen Bevölkerung in einem Zustand, der seine Auslöschung bedeuten kann. Juristisch gesehen bedarf eine Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit/Genozid keiner Militärintervention, also keiner kriegerischen Handlung. Sie richtet sich außerdem gegen eine Person und nicht gegen einen Staat. Entscheidend ist nach der Juristin Ventura, dass am Ende die Regierung Bolsonaro nicht mit dem Urteil davonkäme, sie sei schlicht unfähig gewesen.

Juristisch gesehen gibt es einen Unterschied zwischen dem Vorwurf des Genozids (eine Ethnie ist nachweislich von der Auslöschung bedroht) und dem Vorwurf des Verbrechens gegen die Menschlichkeit. Sicher ließe sich der Genozidvorwurf bei Bolsonaro in Coronazeiten verfolgen, allerdings müsste nachgewiesen werden, dass eine indigene Gruppen mit wenigen Mitgliedern oder auch Unkontaktierte durch eine Infektion mit dem Coronavirus vom Aussterben bedroht wären.

Der Verband brasilianischer Juristen für die Demokratie ABJD⁸ hat sich jedoch für einen anderen Weg entschieden. Er wird Bolsonaro vor dem UN-Menschenrechtsgerichtshof der Vereinten Nationen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit anklagen. Die Anklage kann neben den Indigenen und traditionellen Völkern weitere Betroffene und Opfer von Bolsonaros Banalisierung der Coronakrise berücksichtigen und einschließen. Die Anklageschrift wird derzeit geprüft, nach dieser Phase wird die Anklageschrift wirksam. Die brasilianischen Jurist*innen haben Dringlichkeit erbeten, ein internationaler Prozess dieses Ausmaßes kann sich jedoch nach Aussagen von ABJD über Jahre hinziehen. Zu einem Verfahren kann es nur kommen, wenn nachweislich die nationalen juristischen Mittel nicht ausreichen. Dies erläutert der Jurist Nuredin Allan aus Curitiba in einem Webinar, das

⁷ <https://brasil.elpais.com/brasil/2020-07-22/ha-indicios-significativos-para-que-autoridades-brasileiras-entre-elas-o-presidente-sejam-investigadas-por-genocidio.html>

⁸ www.abjd.org.br

von brasilianischen ökumenischen Organisationen (COMIN; Coinonia, CESE) initiiert wurde. Der Jurist hat die internationalen Organisationen aufgerufen, die Anklageschrift und das Verfahren medienwirksam zu verbreiten. Die geprüfte Anklage wird Anfang August auf Englisch auf der Website von ABJD (www.abjd.org.br) veröffentlicht werden. Im Vorfeld der Anklageerhebung hatten 220 zivilgesellschaftliche Organisationen ihre Unterstützung für ein juristisches Verfahren gegen Bolsonaro zugesagt. Am 26.07. kam es außerdem zu einer nationalen und internationalen Anklage⁹, die von brasilianischen und internationalen Gewerkschaften (ISP, UNI Global, UGT, CUT und NCST), der Landlosenbewegung MST sowie von Indigenen und Quilombola-Vertretungen getragen wurde. Neu an diesem Widerstand und dem politischen Statement ist der Einschluss von über 1 Million Arbeitnehmer*innen des Gesundheitswesens. Nach Erhebungen des ISP Interamericana arbeiten 60% des medizinischen Fachpersonals ohne ausreichende Schutzkleidung (EPI Equipamentos de Proteção Individual) und spezielle Vorbereitung wegen Corona. Brasilien befindet sich darum weltweit unter den drei Ländern, die am meisten Coronaopfer unter Mitarbeitenden des Gesundheitswesens zu beklagen haben. Die Anklage gegen Bolsonaro vor dem Gericht von Den Haag lautet auf Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Zum Zeitpunkt der Anklage zählt Brasiliens offizielle Statistik annähernd zwei Millionen Infizierte und 100.000 Tote wegen Corona. Bolsonaros Leugnen und sein fehlendes Krisen- und Gesundheitsmanagement haben zu dieser unkontrollierbaren Situation beigetragen.

Umweltminister Salles versus Vizepräsident Murão: Machtkämpfe um neue Narrative für Amazonien

Brasilien hat ein steigendes Problem mit illegaler Abholzung. Das Amazonasgebiet wies im Juni 2020 im Vergleich zu den fünf Vorjahren die höchste Abholzungsrate und einen Anstieg seit 14 Monaten in Folge auf¹⁰. Die aktuellen Daten lagen noch einmal 10% über den Auswertungen des Vorjahres. Der Anstieg des ersten Halbjahres liegt sogar bei 25% oder einer Fläche von über 3.000 km². Laut der Weltraumforschungsbehörde INPE¹¹ wurde im Juni zudem die höchste Marke an Waldbränden (2.248 Brände) in den letzten 13 Jahren per Satellitendaten gemessen. Die Regierung reagiert Mitte Juli mit einem Dekret, das Waldbrände verbietet. Erhoben wurden die Daten auch während des nationalen Militäreinsatzes „Operation Grünes Brasilien 2“ im Mai dieses Jahres. Ziel der demonstrativen Aktion war die Bekämpfung von Waldbränden und illegalem Holzeinschlag. Der Militäreinsatz war zunächst für einen Monat geplant und wurde Mitte Juli bis Anfang November verlängert. Murão spricht bereits davon, dass die Streitkräfte bis 2022 in Amazonien eingesetzt werden könnten¹².

Reservegeneral und Vizepräsident Murão gilt in Diplomatenkreisen als pragmatischer Verhandlungsführer. Allerdings schaltet er in seiner neu einberufenen Taskforce für Amazonien als erstes die Zivilgesellschaft aus¹³. Die Umweltbehörde IBAMA war für die Strafverfolgung illegaler

⁹ <https://publicservices.international/resources/news/sindicatos-globais-denunciam-bolsonaro-em-haia-por-genocidio-e-crime-contra-a-humanidade?id=10986&lang=pt>

¹⁰ <https://www.dw.com/pt-br/desmatamento-na-amaz%C3%B4nia-em-junho-%C3%A9-o-maior-em-5-anos-aponta-inpe/a-54132533>

¹¹ http://www.inpe.br/noticias/noticia.php?Cod_Noticia=5465

¹² <https://www.dw.com/pt-br/mour%C3%A3o-diz-que-for%C3%A7as-armadas-podem-ficar-na-amaz%C3%B4nia-at%C3%A9-2022/a-54195520>

¹³ <https://noticias.uol.com.br/colunas/rubens-valente/2020/04/18/conselho-amazonia-mourao.htm>

Entwalder zuständig und wurde personell seit 2018 extrem ausgedünnt. Sie wurde in Salles Umweltministerium integriert, was sich auch personell niedergeschlagen hat. Auch die Behörde für indigene Angelegenheiten FUNAI gehört dem neuen Gremium nicht mehr an. Die Behörde untersteht inzwischen dem Justizministerium. Politisch wurden die Anliegen Umwelt- und Klimaschutz sowie die Unterstützung indigener Angelegenheiten von der Regierung mit allen Mitteln konterkariert, da sie der wirtschaftlichen Strategie einer Öffnung des Amazonasraums kritisch gegenüber stehen. Nun wurden die zivilgesellschaftlichen Behörden als ineffizient ausgemustert und bleiben ohne Einfluss auf hoheitliche Fragen für Amazonien. Stattdessen wurden 15 Militärs – 12 Oberste der Streitkräfte und 2 Oberste der Luftwaffe sowie ein General plus vier Bundespolizisten in die neue Taskforce aufgenommen. Allein der Name soll Entschlossenheit und Ordnungsgewalt vermitteln. Er darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die demokratische Kontrolle durch andere zivilgesellschaftliche Organe abnimmt. Nach Einschätzung des früheren Leiters der FUNAI Márcio Santilli, Mitgründer der NGO ISA (Instituto Socioambiental) deutet die hohe Beteiligung von Militärs am Amazonasrat darauf hin, dass man zu einer militärischen Entwicklungsstrategie für die Region zurückkehre. Dies habe sich schon in der Vergangenheit (während der Militärdiktatur) als erfolglos erwiesen. Die zivilgesellschaftliche Organisation Terra de direitos¹⁴ beklagt, dass die Zunahme von Militärs mit einer Abnahme von rechtsstaatlichen Grundsätzen und mangelnder Transparenz einhergehe. So berufen sich Militärs im Anklagefall gern auf ihre internen Gerichte und weichen somit den Zivilgerichten aus. Sie sind der Staatsanwaltschaft gegenüber in Bezug auf Durchführung und Ergebnisse der Umweltinspektionen nicht verpflichtet.

Murão will den internationalen Geldgebern beweisen, dass Brasilien mit Hilfe der Ordnungsmacht die gewünschten Fakten schaffen kann. Ein erster Großeinsatz zu Beginn des Monats Juli wurde dafür medienwirksam in Szene gesetzt. Motorsägen und Arbeitsgeräte wurden beschlagnahmt, es kam zu Festnahmen. Bei näherer Betrachtung zeigte sich, dass es sich dabei auch um ausgemusterte Sägen handelte. Alles oder ein Teil nur Inszenierung? Es bleibt die Hoffnung, dass sich die internationale Gemeinschaft von punktuellen Hau-Ruck-Aktionen nicht vormachen lässt, man habe das Entwaldungsproblem im Griff. Denn die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Auch um verlässliche Entwaldungszahlen ist – ähnlich wie bei Corona – inzwischen ein politischer Machtkampf entbrannt.

Im Juli wurde erneut ein führender Wissenschaftler des Nationalen Instituts für Weltraumforschung und Fernerkundung INPE entlassen, weil die von ihm präsentierten Zahlen nicht den Erwartungen der Regierung entsprachen. Man macht den Wissenschaftler Lúcia Vinhas verantwortlich, der die Statistik erstellt und die Zahlen liefert. Die Reaktion ist lächerlich oder sogar bedrohlich, da sie wissenschaftliche begründete Aussagen ablehnt. Sie zeigt außerdem die politische Konzeptlosigkeit der Regierung in Waldschutzfragen, da sich der Fall wiederholt. Wissenschaftler*innen und Umweltaktivist*innen machen die Regierung Bolsonaro verantwortlich für die Zunahme an illegaler Entwaldung und Raubbau am Regenwald sowie einer gewaltigen Bodenspekulation. Bolsonaros Amazonienstrategie verweigert politisch eine Stärkung des Waldschutzes durch eine Absicherung indigener Schutzgebiete und Quilombolagebiete sowie einer Ausweisung von Schutzeinheiten mit nachhaltigen Nutzungskonzepten. Eine solche Schutzstrategie empfiehlt beispielsweise die NGO

¹⁴ <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/militaers-in-amazonien-welche-drohungen-stehen-hinter-der-militarisierung-des-kampfs-gegen-die-abholzung-in-brasilien>

Terra de direitos¹⁵. Bolsonaro und seine Regierung will stattdessen Auflagen durch Territoriale Rechte und Umweltgesetzgebung niederschwelliger gestalten und Investoren in die Region locken.

Politisch angeheizt wurde der Streit um die Aktivitäten von Bergbauunternehmen bereits im April von Umweltminister Salles mit seiner Äußerung in einer Kabinettsitzung, man solle die Gunst der Stunde nutzen. Während alle Welt mit Corona beschäftigt sei, könne man Regelungen ändern und Vorschriften vereinfachen, um die wirtschaftliche Öffnung des Amazonasraums voranzutreiben. Diese diplomatische Fehlleistung im Sinne internationaler Klimaschützer- und Umweltaktivist*innen quittierten auch die internationalen Geldgeber des Amazonasfonds mit Entsetzen. Vizepräsident Murão zog Salles daraufhin aus der Zuständigkeit für den Amazonasfonds ab, das Amt des Umweltministers blieb ihm erhalten. Die Besänftigung galt den internationalen Geldgebern des Amazonasfonds. Im April letzten Jahres waren die Zahlungen von Norwegen und Deutschland eingefroren worden, weil nicht zu erkennen war, dass Fortschritte im Wald- und Klimaschutz erzielt wurden. Nach Vorstellung von Präsident Bolsonaro soll der Amazonasfonds ab sofort per Dekret geleitet werden. Murão hat dafür die Verhandlungshoheit von Salles übernommen. Gespräche mit den Botschaftern beider Länder haben bereits stattgefunden. Salles brachte das Fass zum Überlaufen, als er zuvor erneut Amnestien¹⁶ für illegale Entwaldung ausgestellt hat. Nachträglich wurde damit die landwirtschaftliche Expansion seit 2008 im Küstenregenwald Mata Atlântica sanktioniert. Ohne ein überzeugendes Sanktionierungspaket wird die illegale Abholzung brasilianischer Waldgebiete jedoch weiter ungebremst voranschreiten.

Nutznießer ist neben dem Bergbau die Agrarindustrie, die die Flächen für den Sojaanbau nutzt. Die Ernte wird meist als Tierfutter für die Rinder- und Schweinemast verwendet. Ein einträgliches Geschäft. Im Mai meldete das Portal „Exame“ einen neuen Exportrekord von 12,2 Millionen Tonnen. Hauptabnehmer ist China, das in den ersten Monaten des Jahres auch gleich Rekordmengen an Fleisch aus Brasilien einkaufte.

Am 22. Juli trifft Murão mit Vertreter*innen der großen brasilianischen Finanzinstitute Itaú Unibanco, Bradesco und Santander zusammen, um gemeinsam einen Plan zur Rettung des Amazonasregenwalds zu entwickeln. Es gelte, mit „veralteten und falschen Narrativen über Amazonien“ aufzuräumen. Die Banken stehen mit ihrem Kapital bereit, um die Nachfrage von Kleinkrediten und Kleinunternehmertum zu bedienen. Die brasilianische Politik setze alles daran, neue positive Narrative für Amazonien zu entwickeln. Die europäische Sicht sei zu negativ, da sie einseitig die illegale Entwaldung betone und Versagen der brasilianischen Politik dafür verantwortlich mache. Das Entwicklungspotenzial für die Region müsse in einen positiven Narrativ verwandelt werden. Das Narrativ von Indigenen Völkern und traditionellen Gemeinschaften, die sich als die effektivsten Waldschützer*innen bewiesen haben, droht mit der Pandemie auszusterben. Dann wäre der Weg frei, das Land und die Ressourcen in Besitz zu nehmen.

¹⁵ <https://terradedireitos.org.br/especiais/como-e-possivel-salvar-a-floresta-amazonica/23>

¹⁶ <https://www1.folha.uol.com.br/ambiente/2020/04/salles-anistia-desmatadores-da-mata-atlantica-em-meio-a-pandemia-de-covid-19.shtml>

Illegaler Ressourcenabbau im Amazonasraum: Systemrelevanz statt Homeoffice?

Auch Brasilien hat auf die Coronapandemie mit einem Lockdown reagiert. Allerdings erließ die Regierung sonderbare Ausnahmen. So berichtet das Nachrichtenportal des Vatikans¹⁷, dass in vielen Ländern Lateinamerikas der Minenabbau als systemrelevante Tätigkeit eingestuft worden sei und somit von den Beschränkungen, denen andere Industriezweige unterlägen, befreit sei. „Das ist zumindest für den Fall Brasiliens absurd, denn der Anteil der Minentätigkeit am Bruttoinlandsprodukt beträgt 0,66 Prozent, während zwischen 70 und 90 Prozent der abgebauten Materialien exportiert werden. Die Frage ist also: Für wen sind diese Aktivitäten lebensnotwendig?“, legt Pater Bossi den Finger in die Wunde.

Für die indigenen Völker hingegen stelle der Abbau sowie die damit zusammenhängenden weiteren Aktivitäten eine große Gefahr dar, wie auch durch statistische Daten deutlich werde, betont der Missionar: „Die durchschnittliche Todesrate unter den Infizierten in Brasilien liegt bei sechs Prozent, aber in den Bezirken, in denen Minenabbau betrieben wird, steigt dieser Wert deutlich an. In meiner Region Pará, in Parauapebas, haben wir acht Prozent an Todesopfern, und im Bezirk von Marabá 18 Prozent. Das beweist, dass Menschen, die in Gegenden leben, die bereits durch die Minentätigkeit gezeichnet und verschmutzt sind, wesentlich sensibler auf das Virus reagieren.“

Die indigenen Gebiete seien dabei besonders gefährdet, unterstreicht der Missionar. Denn dort werde nicht nur der legale Abbau von Rohstoffen weiterhin betrieben, sondern auch der illegale Abbau vor allem von Gold. Dies geht mit der Vergiftung von Gewässern einher und in Pandemiezeiten zusätzlich mit der Übertragungsgefahr einer tödlichen Krankheit.

In der Folge forderte ein Zusammenschluss kirchlicher und ziviler Organisationen ein Aussetzen wirtschaftlicher Aktivität im Bergbausektor für das Amazonasgebiet, bis die Pandemie vorüber sei.

Bolsonaro reagiert mit Veto gegen Gesetz zum Schutz von Indigenen und traditionellen Gemeinschaften vor Corona

Das Gesetz vom 07. Juli 2020 sah vor, dass diese Bevölkerungsgruppen im Zuge der Corona-Maßnahmen mit Trinkwasser, Essen und Hygiene-Artikeln versorgt werden sollten. Die indigene Abgeordnete Joênia Wapixana war mit der Ausarbeitung des Vorschlags beauftragt worden. Begünstigt werden sollten Indigene, Quilombolas, Kleinfischer*innen und andere traditionelle Gemeinschaften. Im Abstimmungsprozess konnten sich bereits alle Forderungen auf territoriale Absicherungen und Garantien aus der Vorlage nicht durchsetzen. Es blieb eine Erhöhung von bereitzustellenden Intensivbetten und Beatmungsgeräten und eine verbesserte Trinkwasserbereitstellung. Der Dachverband der indigenen Völker Brasiliens kritisierte das Veto als „Kriegserklärung“ gegen Menschen, die besonders anfällig für den Virus seien. Der Präsident hatte gegen 16 Teilpunkte mit seinem Widerspruch reagiert. Übrig geblieben ist allein die Garantie für medizinische Testverfahren, Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem sowie Finanzmittel für den Bau von Häusern, die eine Isolation von Kranken möglich machen sollen. Ein Senator¹⁸ des Amazonasbündnisses REDE reagierte mit einer Anzeige Bolsonaros bei der UN-

¹⁷ <https://www.vaticannews.va/de/welt/news/2020-06/brasilien-coronavirus-indigene-bedrohung-ausbeutung-interview.html>

¹⁸ <https://www.poder360.com.br/coronavirus/senador-denuncia-bolsonaro-a-onu-por-vetos-em-lei-de-protecao-de-povos-indigenas/>

Menschenrechtskommission. Nach Einschätzung der Juristin Deisy Ventura wird die Identifikation von Indigenen, die vom staatlichen Gesundheitssystem SUS behandelt werden nach dem Veto weiter erschwert. Dies soll die Fallzahlen von Indigenen nach unten korrigieren. Auch die Bereitstellung von Aufklärungsmaterial zur Coronapandemie über kommunale Radiostationen der indigenen Gemeinschaften und soziale Netzwerke wurde mit einem Veto blockiert. Hier waren Angebote in indigener Sprache vorgesehen, um die Reichweite der Aufklärung zu erweitern. Ein Ausbau der Internetkapazitäten fernab der städtischen Zentren wurde per Veto verhindert. So müssen viele Indigene weiterhin in die dichter besiedelten Städte, um Netzzugang und Internetkommunikation zu haben.

Schwerpunkt: Yanomani und Ye'kuana im Kampf gegen Bergbau und Corona: #ForaGarimpoForaCovid

Indigene Gruppen verschiedener Ethnien haben ihre selbstgewählte Quarantäne und Isolation mit Blockaden und Absperrungen nach außen deutlich gemacht. Dennoch wird ihrer Forderung nach Akzeptanz der territorialen Grenzen oft nicht Folge geleistet. So klagen beispielsweise Yanomami und Ye'kuana¹⁹ im größten indigenen Territorium Brasiliens (Terra indigena Yanomami TIY) in den Bundesstaaten Amazonas und Roraima über illegale Goldsucher in ihren Gebieten. Die beiden Amazonasbundesstaaten liegen an der Spitze, wenn man proportional die Bevölkerungsdichte und die Coronafälle betrachtet. Die Fläche der TIY entspricht mit 9,6 Mio Hektar ungefähr der Größe Portugals. 331 Gemeinschaften leben dort, darunter auch Unkontaktierte in freiwilliger Isolation. Seit 1992 ist das Gebiet geschützt, Goldabbau also illegal. Die Infektionsgefahr mit der Pandemie verstärkt nun die Gefahr die durch illegale Bergbauersiedlungen ausgeht. Seit der globalen Wirtschaftskrise ist Gold als sichere Anlageform weltweit im Wert gestiegen, was den Druck auf die Vorkommen erhöht hat.

Die Gruppe der Yanomami und Ye'kuana leben mit 27.398 Menschen in der Region und kämpft gegen den Eintrag des Virus in ihr Gebiet. „Bergbauunternehmen auf der Suche nach wertvollen Metallen kennen kein Homeoffice“, ist ein gängiger Vorwurf in diesem Zusammenhang. Nach ihren Schätzungen befinden sich 20.000 illegale Goldsucher im Territorium, die Regierung Bolsonaro hat offiziell nur 3.500 Arbeiter bestätigt. Fast die Hälfte der indigenen Gemeinschaften lebt weniger als 5 Kilometer von einer illegalen Bergbausiedlung entfernt. Dies veröffentlichte das Instituto ambiental ISA²⁰ im Juni in seiner Studie #FORAGARIMPOFORACOVID²¹, die zusammen mit der Gesundheitsorganisation Fiocruz und der Bundesuniversität Minas Gerais UFMG entstanden ist. Sie wurde auf Initiative des Leitungsforums der Yanomami und Ye'kwana mit ihren Vertretungen Hutukara Associação Yanomami (HAY), Associação Wanasseduume Ye'kwana (SEDUUME), Associação das Mulheres Yanomami Kumirayoma (AMYK), Texoli Associação Ninam do Estado de Roraima (TANER) e Associação Yanomami do Rio Cauaburis e Afluentes (AYRCA) ins Leben gerufen. Unterstützung kam von der Vertretung der indigenen Völker Brasiliens (Apib), der Koordination der indigenen Organisationen Amazoniens in Brasilien (COIAB), dem Instituto Socioambiental (ISA), Survival International, Greenpeace Brasilien, Conectas Direitos Humanos, Anistia Internacional, Rede

¹⁹ <https://www.dw.com/es/el-coronavirus-amenaza-a-los-guardianes-de-la-amazon%C3%ADa/av-54149734>

²⁰ <https://www.socioambiental.org/pt-br/noticias-socioambientais/covid-19-pode-contaminar-40-dos-yanomami-cercados-pelo-garimpo-ilegal>

²¹ <https://acervo.socioambiental.org/acervo/publicacoes-isa/o-impacto-da-pandemia-na-terra-indigena-yanomami-foragarimpo-foracovid>

de Cooperação Amazônica (RCA), Instituto Igarapé, der amerikanischen Regenwaldstiftung und dem Amazonasfonds Norwegen.

40% der indigenen Bevölkerung der TIY sind nach der Studie durch den Eintrag des Coronavirus über illegale Bergbauarbeitersiedlungen bedroht. Das Szenario der Studie unterstellt eine doppelt so hohe Sterblichkeit der indigenen Bevölkerung gegenüber nicht-indigener Bevölkerung. Nach diesem Szenario würden zwischen 207 und 896 Yanomami nach einer Coronainfektion sterben.

Anfang Juni gab es bereits drei Todesfälle und 55 Coronainfektionen unter den Yanomami und Ye'kuana. Im landesweiten Vergleich schneiden die vorhandenen Gesundheitsposten der Terra indigena Yanomami am schlechtesten ab. Weder sind Krankenhausbetten mit Sauerstoffzufuhr vorhanden, noch gibt es im Notfall mögliche Verlegungen in andere Krankenhäuser mit besserer medizinischer Ausstattung. Geschwächt ist die Gruppe zudem durch einen Anstieg von Atemwegserkrankungen in den zurückliegenden Jahren. Die Gefährdung der Yanomami rührt auch von ihren prekären Lebensumständen her. Die Lebenserwartung ist niedrig, der Zugang zu kontextualisierter Bildung kaum gegeben und die Wohnverhältnisse kennen weder Wasseranschluss noch Abwasseraufbereitung.

Anfang Juli schickte die brasilianische Regierung in einer interministeriellen Aktion Gesundheits- und Soforthilfe in die Terra Indigena Yanomami. Koordiniert werden solche Hilfsmaßnahmen durch das Militär. Medizinisches Personal des Militärs testete die Anwesenden auf Corona und verteilte Nothilfepakete (cestas basicas). Zur Absicherung ihres Gesundheitszustands kamen Mitglieder der Yanomami nach mehreren Stunden Fußweg in die kurzfristige Gesundheitsstation der Militärbasis. Allerdings erfüllt die Hilfsmaßnahme nicht die Forderung der Indigenen auf verbesserten dauerhaften Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung und auf Schutz vor Eindringlingen in ihr Territorium.

ISA sieht in den Arbeitern des Bergbausektors den Hauptvektor für einen Eintrag des Virus in das indigene Territorium. Sie kommen von Städten wie Boa Vista in Roraima, nutzen Boote oder Flugzeuge und sind mit Infrastruktur weit besser ausgestattet als das ortsansässige Gesundheitspersonal. Die Eingriffe durch Bergbauunternehmen überwacht ISA über sein Radarsystem Sirad. Die Ergebnisse belegen, dass seit den ersten Aufnahmen im Oktober 2018 in der TIY eine Gesamtfläche von fast 2.000 Hektar Regenwald für Bergbauaktivitäten degradiert wurde. Allein im März 2020 wurden 114 Hektar Waldfläche durch die Goldsuche zerstört. Das Überwachungsinstrument belegt außerdem die Zunahme illegaler Bergbausiedlungen in Regionen, die indigene Gemeinschaften (Hakoma und Parima) mit wenig Kontakt zur Gesellschaft bewohnen. Sie gelten als besondere Risikogruppe, da ihr Immunsystem gegen jede Art von Virus extrem sensibel reagiert. Die Studie zeigte auch, dass das Virus an Gesundheitsstationen übertragen werden kann, wie in Surucucu geschehen, wo ein Vertreter des indigenen Gesundheitsrats im Distrikt (Condisi) positiv getestet wurde.

Seit Beginn der Pandemie haben Mediziner*innen auf das erhöhte Risiko von Indigenen für Ausbreitungsverläufe hingewiesen. Auf Grund der sozialen Strukturen der Gemeinschaften ist eine Isolation von Kranken oder auch der Schutz durch freiwilligen Abstand kaum innerhalb der Gemeinschaften kaum vorstellbar und schwierig realisierbar.

Aktivitäten in Deutschland und Europa

Die bedrohliche Situation für Indigene Völker und traditionelle Gemeinschaften mit Corona und der Banalisierung durch die brasilianische Regierung findet auch in den deutschsprachigen Ländern Reaktionen. So hat die Gesellschaft für bedrohte Völker in der Schweiz und in Deutschland die Kampagne #Handsofftheamazon²² gestartet. Sie wendet sich damit gegen den bislang ungebremsen Anstieg illegaler Entwaldung und die damit verbundene Bedrohung durch indigene Völker. Die Aktion wurde gemeinsam mit der brasilianischen indigenen Dachorganisation APIB ins Leben gerufen. Eine Beteiligung über die sozialen Medien ist möglich, indem man ein Bild von sich und seinem Lieblingsbaum postet. Die gesammelten Statements werden der brasilianischen Botschaft in Berlin und Entwicklungsminister Müller übergeben. Die genauen Forderungen sind hier nachlesbar: <https://yopad.eu/p/r.b1085ad47c7d52f3dddbaa1e3fb39f16>

Das aktivistische Kultur-Kollektiv Taoca²³ aus Zürich hat sich – wie viele andere Gruppen aus dem KoBra-Netzwerk auch – für eine Spendenkampagne stark gemacht. In coronafreien Zeiten organisiert die Gruppe jedes Jahr das *Cine marginal* in Zürich mit brasilianischen Filmen und Gästen aus Brasilien. Zusammen mit dem *swissindigenousnetwork*²⁴ haben sie Spendengelder für den brasilianischen Dachverband der Indigenen Völker APIB gesammelt. Im internationalen Zusammenschluss mit anderen politischen Kollektiven ähnlicher Ausrichtung (z.B. in Kanada) wurde zudem ein Spendenaufruf für Quilombolagemeinschaften in Maranhão gestartet. Die Erweiterungsbauarbeiten der BR 135 bedrohen etwa 100 Quilombolagemeinden, in denen annähernd 10.000 Menschen leben. Hintergrundinfos und Protest bündelt das Video <https://youtu.be/5uzXcVfITJM>

Der Runde Tisch Brasilien wird 2020 ein Onlineformat erhalten und im Dezember als zweitägige bilinguale Veranstaltung im Netz angeboten. Die Entwicklung der Gesundheitskrise und die politische Krise der Bolsonaro-Regierung stehen natürlich auf der Tagesordnung. Daneben wird das Thema „Kommunikation in Zeiten der Krise“ von verschiedenen Seiten beleuchtet und mit den Teilnehmenden diskutiert. Politischer Erfolg hat entscheidend mit gelungener Kommunikation zu tun. Welche Kommunikationsstrategien verfolgen z.B. die Evangelikalen, die Bolsonaro weiterhin an der Seite stehen. Warum erreicht diese mächtige Gruppe weite Teile der Bevölkerung so erfolgreich? Mit welchen Strategien und neuen Narrativen reagieren Opposition und soziale Bewegungen auf die anhaltende Macht eines Präsidenten, der seine politischen Ziele auch in Coronazeiten unverändert durchpeitschen will. Kommunikation findet immer mehr digital statt, die Debatte um Fake News und Wahrheitssuche ist längst in den politischen Kämpfen angekommen.

Der Runde Tisch Brasilien muss dieses Jahr auf das alljährliche Tagungskonzept in einem Tagungshaus verzichten. Er wird aber dennoch interessante brasilianische Referent*innen und Diskussionspartner*innen anbieten, die einen aktuellen Blick auf die Geschehnisse in Brasilien erlauben.

²² <https://www.gfbv.de/de/informieren/projekte/brasilien/#c20485>

²³ <https://www.taoca.info/>

²⁴ <https://swissindigenousnetwork.org/>